

»Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe«

Pressekonferenz

Berlin, 8.11.2007

Statement

Peter Mucke

Geschäftsführender Vorstand
terre des hommes
Deutschland e.V.

terre des hommes und die Deutsche Welthungerhilfe veröffentlichen heute zum 15. Mal in Folge seit 1993 den Bericht »**Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe**«. Er versteht sich als eine kritische Analyse der deutschen Politik gegenüber den Ländern des Südens und vergleicht Qualität und Quantität der deutschen entwicklungspolitischen Leistungen mit ihren selbst gesetzten Ansprüchen.

Das Jahr 2007 brachte für die deutsche Entwicklungspolitik einen bislang einmaligen Boom an öffentlicher Aufmerksamkeit und Medienpräsenz. Vor allem im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm standen die Themen Afrika und Armutsbekämpfung weit oben auf der politischen Tagesordnung. Selten zuvor gab es innerhalb weniger Monate so häufig entwicklungspolitische Stellungnahmen eines Bundeskanzlers bzw. einer Bundeskanzlerin wie im Jahr 2007. Dies ist angesichts der globalen entwicklungspolitischen Problemlage sicher angemessen. Fakt ist aber:

- Die Bundesregierung muss jenseits ihrer Verlautbarungen weit mehr tun, um ihre internationalen Verpflichtungen im Hinblick auf die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) oder den Stufenplan der Europäischen Union (EU) zur Erhöhung der Entwicklungshilfe wirklich zu erfüllen.
- Sie muss ferner die Inkohärenz in ihrer Politik beseitigen und verhindern, dass positive Resultate ihrer Entwicklungszusammenarbeit an anderer Stelle zunichte gemacht werden. Denn nach wie vor zerstören die von der Bundesregierung mit zu verantwortenden Agrarsubventionen der EU die Existenzgrundlage unzähliger Kleinbauern in den Ländern des Südens.
- Die von der Bundesregierung im Rahmen der G8 geforderte Verschärfung des internationalen Patentschutzes wird die überlebenswichtige Versorgung von AIDS-Kranken mit bezahlbaren Nachahmermedikamenten (Generika) erschweren. So lange die wirtschaftlichen Interessen der Pharmaindustrie Vorrang vor dem international vereinbarten Entwicklungsziel haben, allen AIDS-Kranken bis zum Jahr 2010 den Zugang zu lebensnotwendigen

Medikamenten zu ermöglichen, kann von einer Politik aus einem Guss gegenüber den Armen keine Rede sein.

Schaut man auf die reinen Zahlen, so wird deutlich, dass die **öffentliche Entwicklungshilfe Deutschlands im Jahr 2006 auf 8,2 Milliarden Euro gegenüber 8,1 Milliarden Euro im Jahr 2005 angestiegen ist. Die deutsche ODA-Quote lag damit 2006 wie auch im Vorjahr bei 0,36 Prozent des Bruttonationaleinkommens.** Möglich wurde dies allerdings wiederum nur durch die Anrechnung von Schuldenerlassen, die wie bereits im Vorjahr einen erheblichen Teil der deutschen ODA ausmachten. Sie summierten sich auf 2,1 Milliarden Euro, also rund ein Viertel der gesamten ODA-Ausgaben des letzten Jahres. Ohne diese Schuldenerlasse lag die deutsche ODA-Quote bei nur 0,27 Prozent. Auch dies ist ein Trend, der sich aus den letzten Jahren fortgesetzt hat. Das bedeutet: Die Bundesregierung konnte nur deshalb den Verpflichtungen des EU-Stufenplanes entsprechen und die geforderte ODA-Quote von 0,33 Prozent übererfüllen, weil sie Mittel aus dem Schuldenerlass hinzugerechnet hat. Diese sind jedoch nur rechnerisch vorhanden und bedeuten eben keine Steigerung der Ausgaben, mithin auch keine zusätzlichen Hilfsmaßnahmen für die Armen.

Im **Entwurf für den Bundeshaushalt 2008** spiegelt sich die auf dem G8-Gipfel angekündigte ODA-Erhöhung um 750 Millionen Euro wider. Den mit 667 Millionen Euro größten Anteil hieran erhält das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die weiteren Mehrausgaben verteilen sich auf die Haushalte anderer Ressorts, insbesondere des Auswärtigen Amtes. Der Zuwachs für das Budget des BMZ, dessen Ausgaben rund 55 Prozent der deutschen ODA ausmachen, entfällt vor allem auf die bilaterale finanzielle Zusammenarbeit und die Beiträge an die Weltbank, den Europäischen Entwicklungsfonds und andere internationale Institutionen wie den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria. Aus den Einnahmen der Versteigerung von CO²-Emissionszertifikaten rechnet die Bundesregierung mit Einnahmen von etwa 400 Millionen Euro, von denen rund 120 Millionen Euro für internationale Klimaschutzmaßnahmen ausgegeben werden sollen, die damit ebenfalls der ODA zugerechnet werden können. Somit **würde der**

Bundeshaushalt 2008 um ODA-Mittel in einer Größenordnung von rund 870 Millionen Euro aufgestockt. In der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes bis zum Jahr 2010 ist dann allerdings eine weitere Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr vorgesehen. Dies ist ein großes Problem, weil spätestens ab dem Jahr 2009 der Stroheffekt der Anrechnung von Schuldenerlassen (vor allem gegenüber dem Irak und Nigeria) als ODA entfällt und gleichzeitig der EU-Stufenplan bis zum Jahr 2010 ein Ansteigen der ODA-Quote auf 0,51 Prozent erforderlich macht. In Zahlen: Im Jahr 2010 wären gemäß EU-Stufenplan 13 Milliarden Euro ODA-Leistungen erforderlich, gemäß bisherigen Plänen der Bundesregierung werden es aber nur 7,8 Milliarden Euro sein.

Fazit: Die Schere zwischen internationalen Zielvorgaben und tatsächlichen Finanzmitteln wird in den nächsten Jahren weiter auseinandergehen. Das Defizit ist bereits heute erkennbar!

Um ein glaubwürdiges Signal gegen diese Tendenz zu setzen, **fordern wir von der Bundesregierung bis spätestens zur zweiten UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Doha im Dezember 2008 einen nationalen Stufenplan, in dem festgelegt wird, in welchem Jahr welche zusätzlichen Mittel für Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit bereit gestellt werden.** Ein solcher Stufenplan würde die Berechenbarkeit der Entwicklungspolitik erhöhen und eine bessere Koordination der Geber auf internationaler Ebene ermöglichen.

Abseits der Diskussion um die Zahlen möchte ich zwei Bemerkungen zu aktuellen politischen Debatten und Problemlagen machen:

- Bundeskanzlerin Merkel hat sich auf ihrer Afrikareise im Oktober erfreulich klar zur Situation in **Simbabwe** geäußert. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie ihre Haltung zur Menschenrechtslage in Simbabwe auch auf dem bevorstehenden EU-Afrika-Gipfel in Lissabon im Dezember klar zum Ausdruck bringt. Gefordert ist insbesondere eine stärkere Einflussnahme auf den südafrikanischen Präsidenten Mbeki, um ihn von seiner bisher praktizierten

Rückendeckung für die verheerende Politik von Präsident Mugabe abzubringen.

- Angesichts der angespannten Menschenrechtssituation in **Burma** haben wir gemeinsam mit anderen Organisationen eine Initiative ergriffen und werden demnächst im Auswärtigen Amt Gespräche darüber führen, inwieweit es eine von Bundesregierung und Nichtregierungsorganisationen gemeinsam getragene Initiative zur Verbesserung der Menschenrechtslage in Burma geben kann. Völlig indiskutabel sind in diesem Zusammenhang Vorbehalte bei der Gewährung von Asyl für burmesische Flüchtlinge in Deutschland. Maßgeblich hierfür sind in der Regel Einschätzungen des Auswärtigen Amtes zur politischen Situation. Bis vor kurzem ging das Auswärtige Amt davon aus, dass es keine systematische Verfolgung von abgeschobenen Burmesen gibt. Dass das Auswärtige Amt nun eine kritischere Bewertung der Lage in Burma angekündigt hat, ist überfällig – man denke nur an die in der letzten Woche von Human Rights Watch veröffentlichten neuen Nachrichten über die Zwangsrekrutierung von Kindern durch die burmesische Armee!

Fazit: Die nächsten Monate und das Jahr 2008 bieten der Bundesregierung eine Reihe von Anlässen, ihre entwicklungspolitischen Prioritätensetzungen deutlich zu machen und zu zeigen, dass ihr die Situation der Menschen in Ländern des Südens und der Kampf gegen Armut und Unterdrückung ein Anliegen ist. Wir werden beobachten, inwiefern die Bundesregierung sich dieser Verpflichtung stellt und welches die Ergebnisse sind.